

Erscheint alle 14 Tage.
Viertelj. Bezugspreis
1,50 Mk.
Zu beziehen im Verlag
„Die Eiche“, Berlin
NO 55, Greifswalder
Straße 222.

Die Eiche

Anzeigen für die sechs-
gespaltene Beitzelle
20 Pfg.
Arbeitsmarkt 15 Pfg.
Ortsvereinsanzeigen
10 Pfg.

Organ des Gewerksvereins der Holzarbeiter Deutschlands (H.-D.)

Nr. 43/44

Berlin, den 30. Oktober 1931

42. Jahrg.

Fernsprechamt
Alexander 4719

Alle Zuschriften für „Die Eiche“ an P. Volkmann, Greifswalder Straße 222. Alle für das Hauptbüro des Gewerksvereins bestimmte Postfächer sind zu adressieren: Gewerksverein der Holzarbeiter Deutschlands, Berlin NO 55, Greifswalderstr. 222. Sämtl. Geldsendungen an M. Schumacher, Berlin NO 55, Greifswalderstr. 222, Postcheckk. 39321 beim Postcheckamt Berlin NW 7.

Fernsprechamt
Alexander 4719

Gemeinschaftsarbeit aller Volksschichten.

In den schicksalsschweren Tagen vom 13. bis 16. Oktober waren die Augen der ganzen Welt auf die deutsche Parlamentarische Bühne des Reichstags gerichtet. Erwartete man doch von dort die Entscheidung, ob das deutsche Volk der schwerindustriellen Reaktion und der damit verbundenen Hitlergarde ausgeliefert, oder den zwar bornenvollen, aber ehrenhaften Weg der Selbstbestimmung, gehen wird. Der mit viel Guldenkosten und großem Lärm ausgeführte Aufmarsch der Scharfmacher in Harzburg, bei dem absichtlich die rote Gefahr in den Vordergrund gestellt war, sollte aller Welt und besonders dem deutschen Volke die Ueberzeugung bringen, daß das Schicksal Deutschlands lediglich von diesen sogenannten „nationalen“ Kreisen abhängig ist und nur von diesen wieder in geordnete Bahnen gelenkt werden kann. Das Ziel dieser Bewegung war, die Befestigung der angeblich links gerichteten Regierung.

An ihren Früchten sollt ihr sie erkennen. Es kann zugegeben werden, daß der geplante Sturz der Regierung von Erfolg gekrönt gewesen wäre, wenn die organisierten Arbeitnehmer die Gefahr nicht rechtzeitig erkannt hätten. Hier war es die jahrzehntelange Erfahrung und Erfahrung, die die gesamte Arbeitnehmerschaft auffordern ließ. Dieselben hatten sofort erkannt, daß es sich hier nicht lediglich um den Sturz der Regierung Brünning handelte, vielmehr das Mitbestimmungsrecht, die Tarifverträge der Arbeitnehmer befestigt, die Zertrümmerung der Gewerkschaften herbeigeführt werden sollten. Wenn die Regierung durch die Arbeitnehmervertreter im Reichstag gestützt worden ist, so ist dies keineswegs um der schönen Augen von Brüning, sondern aus den angeführten Gründen geschehen.

Wir wollen nicht verkennen, daß der Reichskanzler keinen leichten Stand hatte und es muß anerkannt werden, daß derselbe sich schlicht und recht durchgeschlagen hat, auch die nachfolgenden Ausführungen im Reichstag, lassen eine gewisse soziale Einstellung erkennen. Zu der Frage der

Sozialpolitik, Tarife und Kartelle
erklärte Brüning:

„Nur in diesem Gesamtrahmen wird es möglich sein, zu verhindern, daß das deutsche Volk an der Sozialpolitik überhaupt irre wird und im Vergleich zu den letzten Jahrzehnten gegenüber den in schwierigen Lagen bewährten und unentbehrlichen Einrichtungen in eine entgegengesetzte Denkrichtung verfällt. Die Sozialpolitik muß allerdings derart gestaltet und gehandhabt werden, daß sie sich den finanziellen und wirtschaftlichen Notwendigkeiten einfügt. Dabei kann an dem verfassungsmäßig verbrieften Mitbestimmungsrecht der Arbeitnehmerschaft nicht vorbeigegangen werden. Vor allem gilt das auch für den Tarifgedanken, der als solcher gesund ist und erhalten werden muß, aber größerer Elastizität in der Handhabung bedarf. Die Tarife müssen veränderten Verhältnissen schneller angepaßt werden können. Der Grundgedanke einer guten Sozialpolitik muß gerade in gegenwärtiger Notzeit Arbeitgeber und Arbeitnehmer die Pflicht erkennen lassen, ihre Angelegenheiten gemeinsam unter möglichst eigener Verantwortung und unter möglichst geringer Einmischung des Staates zu regeln.“

Mit einer solchen Politik muß Hand in Hand gehen die Behandlung der Kartellfrage, da die Preisgestaltung den wechselnden wirtschaftlichen Bedingungen und der gesunkenen Kaufkraft im Inlande schnell angepaßt werden muß.“

Opfer! — aber gleichmäßige Verteilung der Lasten.

„Der Weg, den das deutsche Volk zu gehen hat, ist uns klar vorgezeichnet. Er ist hart und schwer, aber auch fernem anderen Wege bleiben harte Maßnahmen erspart bis zu dem Tage, an dem die Not die Hüter der Welt zu einheitlichen Maßnahmen gezwungen hat.“

Der Weg kann nur zu Ende gegangen werden, wenn unser Volk die Ueberzeugung hat, daß Lasten gleichmäßig verteilt und Gerechtigkeit und Verantwortungsbedußtheit überall wieder hergestellt sind. Das deutsche Volk hat im instinktiven Bewußtsein, daß ein klarer, ehrlicher, wenn auch dorniger Weg zum Erfolg und zur Freiheit führen kann, bislang die schwersten Opfer ertragen. Es hat gerade in den Wochen der Bankkrise sich dadurch eine Achtung in der Welt erobert, die in der Außenpolitik ein wertvolles Attribut darstellt. Gerade weil das deutsche Volk, wenn es Gerechtigkeit, Zielklarheit und Hoffnung auf einen Enderfolg sieht, zu den schwersten Opfern befähigt ist, ist es Pflicht der Reichsregierung, dafür zu sorgen, daß alle Versuche der Ausnutzung der Notlage des Staates und der Wirtschaft durch unwahrhaftige Agitation verhindert werden.“

Gemeinschaftsarbeit aller Volksschichten.

„Eines ist sicher, daß wir über die kommenden Schwierigkeiten unter keinen Umständen reflexlos hinwegkommen können, wenn man bei einem kleinen Teil der Wirtschaft glaubt, alle Dinge und alle Lösungen und Schwierigkeiten nur und ausschließlich auf immer weitere Lohnsenkungen abwälzen zu können. Nicht Kampf zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern, sondern der Gedanke der Arbeitsgemeinschaft muß im Vordergrund stehen. Wir hoffen, durch Gestaltung des Wirtschaftslebens der Reichsregierung eine Form zu finden, die durch vertrauensvolle Aussprache beider Teile Lösungen ermöglicht, die notwendig und beiden Teilen nützlich sind.“

Weil wir in den vergangenen Jahren alle zusammen in manchen Augenblicken vorgezogen haben, den Weg des geringsten Widerstandes zu gehen, deshalb müssen wir heute soviel Hartes und Schwieriges dem deutschen Volke auferlegen. Aber es hilft nichts, dieser Weg muß weiter gegangen werden. Und heute ist die Situation in der Welt so weit, daß ich nicht mehr zu sagen habe, daß ich vor einer Aufgabe stehe, die zu 90 v. H. verloren ist. Heute ist sie so, daß ich sagen kann, das Verhältnis vom Glück oder Unglück steht schon 50 zu 50. Es gibt keine Wunderlösung, keine Patentlösung. Es gibt nur einen steinigen Weg, der mutig und schrittweise planvoll zurückgelegt werden muß.“

Das sind ohne Zweifel Ausführungen, die beachtenswert sind. Wenn der Reichskanzler die Frage der Gemeinschaftsarbeit angeschnitten hat, so will er offenbar zum Ausdruck bringen, daß nur auf dem Wege der Arbeitsgemeinschaft die wirtschaftliche Krise überwunden werden kann. Das ist ein durchaus idealer Gedanke, der leider an der Kurzsichtigkeit der Unternehmer scheitern wird. Für diese Annahme haben wir unsere guten Gründe.

Die deutschen Gewerksvereine sind seit ihrer Gründung Verächter des Arbeitsgemeinschaftsgedankens gewesen, der sich in erster Linie in der Frage der Tarifvertragsgemeinschaft verkörpert hat. Jahrzehnte lang haben wir darum gekämpft, haben Spott und Hohn über uns ergehen lassen müssen, um trotz alledem heute mit Genugtuung feststellen zu können, daß der Tarifvertragsgedanke Gemeingut aller maßgebenden Gewerkschaftsrichtungen geworden ist.

Nur die Scharfmacher im Arbeitgeberlager haben sich nach wie vor zu dieser Ansicht nicht bekehren können. Sie können es trotz der schweren Zeit nicht begreifen, daß die Arbeitnehmer ein Anrecht haben sollen, sich durch den Tarifvertrag ein Mitbestimmungsrecht zu sichern, sie fordern nach wie vor, daß die Arbeitnehmer der Willkür der Unternehmer unterstellt werden müssen. Krieg, Inflation, Krisenjahre sind an diesen Scharfmachern wirkungslos vorbeigegangen. Diese Leute können immer noch nicht begreifen, daß auch die Arbeitnehmer als Mensch geboren und ein Anrecht an dem Kulturaufschwung der Menschheit haben.

In dieser Zeit, da Kräfte am Werke sind, das Fundament des Tarifvertragsgebäudes zu untergraben, ist es nicht uninteressant, in den Akten der Vorkriegszeit nachzublättern und da finden wir, daß besonders die Schwerindustrie in Rheinland-Westfalen nicht nur prinzipiell gegen jeden Tarifvertrag war, sondern, daß sie auch jede Verhandlung mit den Organisationsvertretern ablehnte.

Generalsekretär Buel von den Scharfmachern äußerte sich 1890 im Verein für Sozialpolitik wie folgt:

„Aber niemals werden sich die Arbeitgeber bereit finden, mit Vertretern der Arbeiterorganisationen oder andern, außerhalb stehenden Leuten zu verhandeln auf dem Fuße der Gleichberechtigung. Niemals werden sie das tun — soweit „niemals“ überhaupt zu sagen ist, wenn nicht ein Zwang auf sie ausgeübt wird, der von verschiedenen Seiten ausgehen kann.“

In einer Petition des Gesamtverbandes deutscher Metallindustrieller an den Reichstag und Bundesrat kam zum Ausdruck:

„Die Gleichberechtigung der Arbeiter weisen wir entschieden zurück. In der Politik und vor dem Gesetz hat der Arbeiter in unserm Vaterlande die volle Gleichberechtigung, in wirtschaftlicher und sozialer Beziehung ist er von ihr durch unsere bestehende Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung unbedingt ausgeschlossen.“

Diese Einstellung ist heute noch Gemeingut vieler Unternehmerverbände, nicht dem eigenen Triebe, sondern durch die Macht der Gewerkschaften gezwungen, ist mancher Vertrag abgeschlossen worden.

Das Rad der Zeit hat unterdessen nicht stillgestanden, aus manchem Saulus ist ein Paulus geworden, die jahrzehntelange Kulturarbeit der Gewerkschaften mußte mit oder gegen den Willen gewisser Unternehmerkreise anerkannt werden. Ja, es gab eine Zeit, in der so verpönte Verhandlungstisch bereitwillig aufgesucht, wo die Gleichberechtigung, der Arbeitnehmervertreter in vollem Ausmaße anerkannt wurde, es gab sogar eine Art Arbeitsgemeinschaft, wie sie offenoar jetzt dem Reichskanzler Brüning vorschwebt. Wir erinnern an die „Vereinbarung zwischen den Arbeitnehmerorganisationen und den Arbeitgeberverbänden“ vom 15. November 1918. Dort heißt es in Ziffer 1:

„Die Gewerkschaften werden als berufene Vertreter der Arbeiterschaft anerkannt“; und in Ziffer 6:

„Die Arbeitsbedingungen für alle Arbeiter und Arbeiterinnen sind entsprechend den Verhältnissen des betreffenden Gewerbes durch Kollektivvereinbarungen mit den Berufsvereinigungen der Arbeitnehmer festzusetzen. Die Verhandlungen hierüber sind ohne Verzug aufzunehmen und schnelligst zum Abschluß zu bringen.“

Ferner wurde in dieser Vereinbarung bestimmt, daß in den Tarifverträgen paritätische Schlichtungsausschüsse in den Betrieben die Durchführung der tariflichen Bestimmungen in Gemeinschaft mit dem Unternehmer überwachen. Ausdrücklich wurde noch festgelegt, daß diese Vereinbarung sinngemäß auch für die Angestelltenverbände gilt.

Seit dieser Zeit sind 13 Jahre ins Land gegangen, Inflation, Ruhrbesetzung, Wirtschaftskrise haben den Lebensnerv des deutschen Volkes, besonders der Arbeitnehmer bis in das innerste erschüttert, Not und Elend hat die Massen ergriffen. Nach den moralischen Gesetzen und christlicher Nächstenliebe wäre die logische Folge, daß jetzt versucht wird, die Lasten gleichmäßig zu verteilen, Not und Elend gemeinsam zu tragen, in der höchsten Not soll sich ja erst die wahre Seelengröße eines Volkes wahrhaft offenbaren, in dieser Zeit sollte eine wirkliche Arbeitsgemeinschaft einsehen. Dem Reichskanzler als frommen Zentrumsmann schwebt auch offenbar dieses Ideal vor, deshalb bringt er in seiner Reichstagsrede den Gedanken einer Gemeinschaftsarbeit aller Völker zum Ausdruck.

Wir sind der Ansicht, daß wir von der Verwirklichung dieses Gedankens kaum je weiter entfernt gewesen sind, als in dieser Zeit. Anstatt des gemeinsamen Aufbaues, versucht man die Lebenskraft der breiten Volksschichten noch weiter zu untergraben. Die Kreise, die im Jahre 1918 durch Vereinbarung die Gewerkschaften als die beruflichen Vertreter der Arbeitnehmer anerkannten, blasen jetzt zum Sturm, zur Vernichtung der Gewerkschaften. Alle Aufklärungsarbeit der Gewerkschaften haben

nicht vermocht, die breiteste Öffentlichkeit zu überzeugen, daß nicht so sehr diese oder jene Taktik der Gewerkschaften als die allgemeine Desorganisation der Weltwirtschaft die Ursache unseres Elends ist. Daß nicht der Tarifvertrag und die Lohnhöhe die Ursache des Wirtschaftselends, sondern falsch verstandene und durchgeführte Produktionsmethoden und fahrlässige Wirtschaftsführung die inneren Gründe für die Arbeitslosigkeit sind. Man vergißt auch immer wieder, daß wir den Krieg verloren haben, man geht sogar so weit, auch hierfür die Arbeitnehmer mit ihren Gewerkschaften verantwortlich zu machen.

Die Geschichte wird auch hierin der gerechteste Beurteiler sein. Auch diese Kreise, die heute den Vernichtungskampf gegen die Gewerkschaften führen, sollten nicht vergeffen und nicht übersehen, daß es gerade die Gewerkschaften sind, die in der Stunde der Gefahr wiederholt den Staat und damit auch die Existenz der Scharfmacher gerettet haben. Als der Krieg ausbrach und die Arbeitnehmer einsehen mußten, daß durch ihre Organisation der Friede nicht mehr zu erhalten war, haben sie sich einmütig und geschlossen in die Verteidigungslinie gestellt. Teseleichen darf nicht übersehen werden, daß die Gewerkschaften ständig einen gerechten Frieden angestrebt und den Eroberungsplänen gewisser Kreise mit aller Entschiedenheit entgegen getreten sind. Der Kampfspruch wurde reslos nur durch die geschlossene Arbeitnehmersfront im Keime erstickt. Auch der Gemeinschaftsarbeit sind die Gewerkschaften keineswegs aus dem Wege gegangen. Im Gegenteil, sie haben den ernsthaften Versuch gemacht, durch Gemeinschaftsarbeit die Wirtschaft wieder in Gang zu bringen. Sie haben diese Arbeit erst dann eingestellt, als sie einsehen mußten, daß die Unternehmer die Arbeitsgemeinschaft nur dazu benützen wollten, um dadurch für sich einseitige Vorteile zu erzielen. Auch an der Ruhrbesetzung dürfen wir nicht vorbeigehen, ohne deren Männer zu gedenken, die sich uneigennützig in den Dienst der Sache stellten, ihr Leben, ihre Existenz auf das Spiel setzten. Der Dank des Vaterlandes ist euch gewiß, das mußten auch diese braven Kämpfer erfahren, indem sie zusehen mußten, wie die Ruhrindustriellen, die heute in den vordersten Reihen den Generalmarsch zur Vernichtung der Gewerkschaften trommeln, das Millionenangebot von der Regierung erhielten, während die Arbeitnehmer vielfach ihre Existenz verloren hatten.

Wenn wir heute alle diese Vorgänge in Erinnerung rufen, dann tun wir es wahrhaft nicht in der Erwartung, unsere industriellen Scharfmacher eines besseren zu belehren, diesen Gedanken haben wir längst aufgegeben. Wenn wir alle diese Gedanken wachrufen, dann tun wir es in der Erkenntnis, daß gegen den Verläumdungsfeldzug der Unternehmern mit allen Mitteln Front gemacht werden muß. Wir können und dürfen nicht dulden, daß das Lebensniveau der arbeitenden Bevölkerung immer mehr heruntergedrückt wird, es muß erreicht werden, daß eine gerechte Lastenverteilung eintritt, ebenso, daß mehr Erwerbsmöglichkeiten geschaffen werden. Die Regierung muß sich dessen bewußt sein, daß mit Kreieren, die engstirnig nur ständig den Lohn- und Gehaltsabbau, sowie Verringerung der sozialen Lasten fordern, eine Weltwirtschaftskrise nicht überwunden werden kann. Eine Gesundung unserer Wirtschaft kann nur unter völliger Gleichberechtigung aller arbeitenden Staatsbürger in Stadt und Land erfolgen. Die Gewerkschaften haben wiederholt den Beweis erbracht, daß sie ständig bestrebt sind, im gerechten Ausgleich der Interessen von Arbeitgebern und Arbeitnehmern eine erträgliche Regelung für die Wirtschaft zu finden. Die Schwerindustrie hat alle diesbezüglichen Anregungen unterdrückt. Der Geist des Generalsekretärs Buef, der 1890 erklärte: „Niemand werden sich die Arbeitgeber bereit finden, mit Vertretern der Arbeiterorganisationen auf dem Fuße der Gleichberechtigung zu verhandeln“, steht heute noch im Vordergrund der schwerindustriellen Scharfmacherfront. Man glaubt jetzt umso mehr diesem Ziel näher zu kommen, indem man sich der trügerischen Hoffnung hingibt, daß die durch die langanhaltende schwere Krise geschwächten Gewerkschaften nicht imstande sein werden, den notwendigen Widerstand entgegenzusetzen. Es wäre töricht, nicht zuzugeben zu sollen, daß die Gewerkschaften aller Richtungen durch die Wirtschaftskrise einen argen Stoß erlitten haben, solche Beulen hat es schon oft gegeben, aber das Fundament steht unerschütterlich da. Der Kampf der Unternehmer gegen die Gewerkschaften hat eine

Einheitsfront, eine Arbeitsgemeinschaft

der Arbeitnehmer hervorgerufen, die zum entschlossenen Handeln jederzeit bereit ist.

Den Traum der Arbeitsgemeinschaft zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern wird Brünning vorläufig begraben müssen. Unsere grundsätzliche Stellungnahme als Gewerksvereiner zu dieser Frage, wird dadurch nicht berührt. Die Arbeitsgemeinschaft, die wir erstreben, muß von sozialem Geist, sozialer Gesinnung durchdrungen, unter völliger Gleichberechtigung beider Teile, Arbeitgeber und Arbeitnehmer aufgebaut sein. Solange diese Voraussetzungen nicht gegeben sind, kann den Reichgelehrten der Unternehmer nur eine einzige entschlossene Abwehrfront der Arbeitnehmer mit Erfolg entgegengekehrt werden.

Kräfte behalten und Freie bewahren.

Es ist gewiß nicht leicht, heute im deutschen Vaterlande sich zurecht zu finden. Ueberall Unsicherheit im wirtschaftlichen wie politischen Leben; Unklarheit, Zerrissenheit, Mißtrauen beherrscht das Volk. Kein Miteinanderarbeiten, keine Gemeinschaftsarbeit, kein Einanderverstehen, sondern ein Auseinanderziehen der Kräfte zum einsamen Tun. Die Gegensätzlichkeiten in den einzelnen Schichten der Bevölkerung treten klar hervor und werden zum Leitmotiv. Es ist ein gigantischer Kampf aller gegen alle und der Gefährdete ist der Einzelne, der Staat, die Volksgemeinschaft.

Jeder Einsichtige fragt sich, ob es so kommen mußte, ob es so sein muß. Noch nie ist es im Wirtschafts- wie politischen Leben so gewesen, daß alles eitel Sonnenschein war. Immer hat es Differenzierungen gegeben, die mehr oder weniger stark hervortraten. Die Interessengegenstände in einem Volke haben stets Reibungsflächen geboten und das wird auch in Zukunft so sein. Aber was wir in dieser Beziehung in den letzten Jahren erlebt haben, überschreitet den Durchschnitt doch ganz gewaltig. Das Abflauen der Beschäftigung hat eine Stimmung erzeugt, die immer explosiver zum Ausbruch kommt. In der Nachkriegszeit und nach der Inflation wurden die Kräfte aus wirtschaftlichen Gründen gehemmt, sich rücksichtslos zu entwickeln. Alle Unbill scheint aufgeparkt zu sein auf die heutige Zeit. Und was sehen wir?

Einem Zerfall des Volkes in zwei Fronten.

Die Front des Kapitals und die Front der Arbeit.

Das Unternehmertum hat auf der ganzen Linie zum Schlage ausgeholt. Geflügelt wird dasselbe durch den selbstständigen Mittelstand, Handel und Gewerbe. Es ist ein Tosen und Branden in diesen Reihen und überall ertönt das Kampfgeschrei

„Nieder mit der Sozialpolitik, nieder mit den Tarifverträgen, nieder mit dem Schlichtungswesen. Hoch über die freie Arbeitsvertrag, die freie Arbeitszeit und die freie Lohngebahrung.“

Es gilt die Niederringung der Arbeiterschaft auf lange Zeit. Die Front des Kapitals ist noch mächtig, ihr Einfluß nicht zu unterschätzen. Um angeblich das Produkt zu verbilligen, das Unkostenkonto zu entlasten und die Neubildung des Kapitals zu fördern, sollen die Existenzbedingungen des Arbeiters aufgehoben werden. Dieses Ziel wird mit größter Energie versucht durchzusetzen. Aber von den ungeheuren Gehältern der leitenden Persönlichkeiten in der Wirtschaft darf nicht gesprochen werden. Wir wissen, daß diese Gehälter nicht einzeln dastehen und daß diese Gehälter an dem Einkommen eines Arbeiters nicht gemessen werden können. Wenn aber diese Einkommen damit in Schutz genommen werden und ihre Berechtigung nachgewiesen wird, weil der entfallene Teil auf einen Arbeiter oder auf das Produkt so minimal sei, daß es überhaupt nichts ausmacht, so steht doch die Frage offen, wie es mit dem Lohn des Arbeiters ist, der doch oftmals auf das Produkt sich auch nur ganz minimal auswirkt. Aber das will man nicht zugestehen, obgleich das Exempel richtiger ist als bei den Großverdienern.

Die Front des Kapitals ist sich einig darüber, was sie will und sie verfolgt ihr Ziel mit all den Kräften, die ihr zur Verfügung stehen. Das Ziel ist aber auch eines großen Kampfes wert, denn es bringt größeren und schnelleren Wohlstand in ihre Reihen. Was schadet es da, ob Millionen von Volksgenossen die Kaufkraft verlieren, oder diese gewaltig sich reduziert. Ob unter solchen Umständen die Arbeitsmöglichkeit eine größere wird, ist stark zu bezweifeln, denn der Lohnabbau im Frühjahr dieses Jahres, welcher Milliarden erbrachte, hat nicht nur keinen Aufschwung gebracht, sondern die Arbeitslosigkeit noch vermehrt. Angeblich weil der Lohnabbau zu gering war.

Und die Front der Arbeit!

Sie bietet eigentlich ein trauriges Bild. Ueberall, wo wir bei den Unternehmern einen geschlossenen Willen finden, tritt die Uneinlichkeit zu Tage. Die Arbeiter, ganz gleich ob sie geistig oder körperlich tätig sind, wollen wohl alle eine auskömmliche Existenz. In diesem Ziele sind sie sich einig. Aber um dieses Ziel zu erreichen, geht der Kampf. Und was wir da erleben müssen, ist erschütternd. Der politische Einfluß, der in der Arbeiterschaft immer eine gewisse Rolle spielte, hat jetzt Formen angenommen und an Umfang zugenommen, daß die Folgen daraus nicht zu übersehen sind. Für den Bedarf der arbeitenden Kraft, sich gegen Ausnützung zu schützen genügt die vorhandenen Berufsorganisationen. Auch die Weltanschauungsfrage des Einzelnen fand darin ihre Berücksichtigung. Und man sollte meinen, die vielfältige Tätigkeit, Erfahrungen und Erfolge der Gewerkschaften müßten jeden Berufstätigen klar erkennen lassen, daß er dorthin zu seinen schwer kämpfenden Arbeitsbrüdern gehört. Leider ist es aber zum großen Teile nicht so. Die Politik hat unter den arbeitenden Menschen in den letzten Jahren viel mehr Zerrissenheit gebracht als unter den Vertretern des Kapitals. Wenn auch dort die politische Meinungsverschiedenheit vorhanden ist, so wissen sie doch, wie sie gemeinsam vorgehen müssen gegen die arbeitende Kraft. In der Arbeiterschaft tritt aber die politische Meinungsverschiedenheit auch in Wirtschaftspragen hervor. Ganz abgesehen davon, daß ein großer Prozentsatz der arbeitenden Menschen sich immer von der Mitarbeit an den Ausbau der Arbeiterrechte zu-

zückzieht, mehren sich leider die Kräfte, welche geschloßend auf diese Zusammenarbeit wirken. Ist es nicht direkt unverständlich, wenn Arbeiter sich politisch so stark beeinflussen lassen, daß sie gegen die weitestgehenden Interessen ihrer selbst kämpfen. Wie ist es möglich, daß ein Arbeiter aus politischen Motiven heraus für eine Staatsumwälzung kämpft und bevor diese eintritt, sich nicht mit seinen Arbeitsbrüdern über einen aussichtsreichen Wirtschaftskampf verständigen kann. Wie ist es möglich, daß Arbeiter sich politisch für die Parolen der Unternehmern einsehen lassen, die doch alle Errungenschaften der Arbeiterschaft und ihre Vertretungen vernichten wollen.

Ist dieser politische Fanatismus vom Standpunkt eines aufstrebenden Arbeiters zu verstehen?

Wir tranken an dieser politischen Zerrissenheit innerhalb der Front der Arbeit und den Vorteil davon hat die Front des Kapitals.

Muß beim dieser Vorkampf sein? Haben wir nicht genug gemeinsame Aufgaben zu erfüllen?

Wollen wir denn die mühsam aufgebaute Sozialversicherung fallen lassen? haben wir nicht jahrzehntelang um den Auf- und Ausbau gekämpft. Die Krankenversicherung und die Invalidenversicherung will man ganz bedeutend zurückschrauben. Diese beiden Versicherungen, welche bei Krankheit und im Alter wenigstens eine kleine Gewähr der Sicherheit bieten.

Die Arbeitslosenversicherung soll, wenn es nach dem preussischen Landgemeindevotag geht, einige Zeit von der Bildfläche verschwinden, daß heißt wohl auf Rimmerwiederkehr. Was mit dem Arbeitslosen werden soll, wird nicht gesagt. Über die Stimmen mehren sich immer mehr, die in der Arbeitslosenversicherung nur eine Foulterzerente sehen. Schrieb doch vor kurzem die Schlesiener Zeitung, daß ein Arbeiter seit 1925 eine monatliche Unterstützung von 80 Mk. und 10 Mk. Mietzuschuß bezieht und es denselben gar nicht einfallt, sich nach anderer Arbeit umzusehen. Und dieser Fall gibt der Zeitung das Recht zu sagen, daß es vielleicht Millionen solcher Fälle gibt. Die Arbeitgeber sehen in der Arbeitslosenversicherung, trotzdem sie schon stark beschnitten ist und ihre Leistung auf 20 Wochen herabgesetzt wird, eines der größten Hemmnisse in ihrer Lohnpolitik. Sollen wir ihnen da den Gefallen tun und mithelfen die Versicherung zum Fall zu bringen? Die Not im Volke ist groß. Die Spartguthaben haben sich um 1 Milliarde verringert, soll das Volk noch weiter verelenden?

Die Einhaltung der Tarifverträge ist eine Lebensnotwendigkeit des arbeitenden Volkes und die Schlichtungsinstanzen brauchen wir, um die wirtschaftlichen Kämpfe nicht ins Ungemessene wachsen zu lassen, aber auch um eine Gewähr dafür zu haben, daß die Vereinbarungen durchgeführt werden. Die Hege gegen den Tarifvertrag und die Schlichtungsinstanzen haben wir schon gekennzeichnet. Die Reichsregierung will die Grundlagen des Tarifvertrags erhalten. Eine Abdingbarkeit soll nicht eintreten. Wer garantiert aber dafür, daß doch in irgendeiner Form eine Veränderung im Sinne der Unternehmer eintritt, wenn nicht ein starker Wächter vorhanden ist. Die Räumigung der Tarife in allen Berufen durch die Unternehmer, die beantragte Senkung der Löhne bis zu 25 Prozent, die Ausschaltung aller Nebenbestimmungen beweist doch, welche Absichten die Unternehmer haben. Bei der Schwäche der Front der Arbeit wäre es den Unternehmern ein Leichtes, ihre Wünsche durchzusetzen und die Arbeitskraft sich zu ihren Gunsten gefügig zu machen.

Wenn wir so zur Abwehr bereit sein müssen, so haben wir doch auch alle Veranlassung, energisch unseren Einfluß zu gebrauchen, daß endlich einmal der Preisabbau einsetzt und die Kartellpolitik eine andere wird. Wenn fast täglich das Einkommen der Arbeiterschaft infolge der Versicherungsbekämpfung beschnitten wird, so ist es unbedingt eine Pflicht, die Preise herabzusetzen.

Die nächste Notverordnung

wird jedenfalls auch Bestimmungen über diese Dinge enthalten. Es wird aber notwendig sein, vordem schon auf die Regierung einzuwirken, damit etwas Positives für die Allgemeinheit herauskommt.

Das Winterprogramm

der Regierung wird allgemein erwartet. Was es enthält, ist noch nicht bekannt. Jedenfalls wird die Arbeitsbeschaffung eine bedeutende Rolle in diesem Winter spielen und das Programm eine Beurteilung zulassen, wie die Regierung sich die Bekämpfung der Krise denkt. Der Wirtschaftsbeirat der Regierung, in welchem auch Vertreter des Gewerkschaftsbundes teilnehmen, hat in dieser Beziehung ein großes Aufgabengebiet vor sich.

Stark interessiert sind wir aber auch daran, wie in der nächsten Notverordnung die Sozialpolitik, das Tarif- und Schlichtungswesen abschneidet. Es wird dies ein Stadmesser dafür sein, inwiefern dem Einfluß der Unternehmer nachgegeben worden ist und welche Stellung die Arbeitnehmer dazu einzunehmen haben.

Aus den Abwehrmaßnahmen und dem Aufgabengebiet ergibt sich nun für alle Arbeitnehmer die zwingende Notwendigkeit einer gemeinsamen Linie. In einer Befestigung ihrer Lage sind alle Arbeitnehmer gleichmäßig interessiert. Daß jetzt auch ein gemeinsames Handeln voraus. Wer nicht persönlicher Vorteile wegen kämpft und nur für die Allgemeinheit, der darf keinen Sonderbestrebungen nachgehen, der darf sich nicht in die Reihen der Arbeitgeber stellen und der darf sich auch nicht von seiner politischen Ueberzeugung oder seinem Fanatismus fortreiben lassen.

Die wirtschaftlichen Verhältnisse erfordern eine neue Organisation und die zu erzielenden Maßnahmen müssen auf eine entsprechende Wirkung abgestellt werden. Die Forderung darf nicht zur Entfremdung und Zerschlagung führen. Nicht jede Sache kann gewonnen werden. Deshalb gilt es nicht die Nerven zu verlieren. Die Organisation ist immer noch der Hort für die Front der Arbeit. Wollen wir auch hier Kampfbereitschaft leisten im Interesse jedes Einzelnen, so muß diese Front gestärkt werden, so müssen die Sonderkämpfe unter der Arbeiterschaft aufhören und eine gemeinsame Kampffront sich bilden. Den Mitgliedern unseres Gewerkschafts aber rufen wir zu, haltet Eurer Organisation die Treue, werdet Kämpfer für dieselbe und schafft somit die Grundlage für eine bessere Zukunft.

Im „Lohnparadies“

Unsern Mitarbeitern und Mitgliedern wird bekannt sein, daß von der Industrie bei jeder Gelegenheit die niedrigen Löhne in der Tschechoslowakei gegenüber den viel zu hohen Löhnen in Deutschland herangezogen werden, um die deutsche Beschäftigungslosigkeit zu erklären. Die tschechische Konkurrenz kann eben dadurch billiger verkaufen. Wie die Dinge nun in Wirklichkeit liegen, darüber berichtet der neutrale Berichterstatter einer großen Tageszeitung Günther Stein. Folgen wir seinen Ausführungen:

„Wir müssen herunter auf das Lohnniveau der Tschechoslowakei und Polens! Dann können wir wieder richtig wirtschaften, exportieren und gesund werden. Das ist das ganze Geheimnis.“ So sagte mir vor einigen Monaten ein führender deutscher Schwerindustrieller. Und er ist nicht der einzige in Deutschland, der der Ansicht ist, daß die Tschechoslowakei für den Fabrikanten das Lohnparadies sei.

Auf dem Wenzelsplatz in Prag, diesem imposanten, weltstädtischen Boulevard, drängen sich die Menschen vor den Bäden, den Kinos und in den Kaffees. Gut gekleidet, gut ernährt, gut gelaunt. Sie lesen die Zeitungen so eifrig und gründlich, wie nur ein politisiertes, aber gleichzeitig auch ein einigermaßen gebildetes Volk es tut, und alles sieht freundlich, behaglich und kräftig aus.

Da fällt mir dieser Satz des deutschen Industriellen ein, und wenn es in Prag auch ganz sichtbar noch ganz etwas anderes gibt, als den Wenzelsplatz und in der Tschechoslowakei, um die deutsche Grenze herum, in Böhmen, Mähren, Schlesien, der Slowakei und gar in Karpathenrußland so manches schlimme Elendsgebiet, so reizt es doch, einmal die Löhne, den Lebensstandard, also die Bedingungen des „sozialen Wettbewerbs“ der Tschechoslowakei um die Märkte der Welt zu prüfen.

Die maßgebenden Leute nennen übereinstimmend sehr niedrige Lohn- und Gehaltsziffern. Statistiken gibt es kaum. 70 bis 100 tschechische Kronen, also 9 bis 12 Mark pro Woche sind auch hier sehr wenig, aber häufig. 150 Kronen oder 18 Mark ist schon ein mittlerer Lohn. Und selbst die Direktorengehälter sind tatsächlich — vergleicht man sie mit Deutschland — erstaunlich gering.

Wer schon der Wenzelsplatz, und noch mehr das proletarische Prag, läßt erkennen, wie billig man hier lebt und kauft. Schon immer war dieses Land viel billiger als Deutschland, aber heute sind die gesamten Lebenshaltungskosten für die Arbeiterschaft nach dem tschechoslowakischen Index (in Gold gerechnet) nur um etwa 9 Prozent höher als vor dem Kriege, während sie in Deutschland noch um 34 Prozent über dem Stande von 1914 liegen.

Also ein ganz gewaltiger Unterschied, der einzig und allein darauf zurückzuführen ist, daß in Deutschland durch eine unsinnige Zollpolitik die Lebensmittelpreise so hoch gehalten werden. Ein umso größerer Unterschied, als in der Tschechoslowakei — und also auch in ihrem Lebenshaltungsindex — wesentlich höhere Mieten zu berücksichtigen sind, als in Deutschland.

Erstes Ergebnis: die Reallohndifferenz zwischen Deutschland und der Tschechoslowakei ist erheblich geringer, ist etwas Artanderes als die Differenz der Nominallöhne. Es leuchtet sogar ein, was das Internationale Arbeitsamt in Genf feststellt: daß nämlich für große Schichten der Arbeiterbevölkerung in Prag die Reallöhne — das heißt, die Löhne, in den Lebensbedarf des Lohnempfängers — gleich hoch sind, wie in Berlin (und zwar etwa drei Viertel der in London gezahlten Reallöhne); während vor einigen Jahren noch eine große Differenz zugunsten Berlins bestand.

Also Klage der deutsche Industrielle die deutsche Agrar- und Zollpolitik an! Sie hat es in der Hand, ohne Schaden für den Arbeiter die Gelblöhne dem tschechoslowakischen Paradies anzunähern. Sie allein hat den gewaltigen Unterschied zwischen scheinbar so hohen Nominallöhnen und so niedrigen Reallohnen geschaffen!

Aber damit nicht genug: Arbeiter und Arbeiter ist nicht dasselbe. Auf die Leistungen kommt es an. Daß sie in Deutschland unendlich viel höher sind als in der Tschechoslowakei, gibt hier jeder zu. Man muß also nicht den Lohn des deutschen Arbeiters mit dem des tschechoslowakischen vergleichen, Mann für Mann, Stunde für Stunde — sondern die Lohnsätze für die Arbeitseinheit, Meter für Netz, kilo für kilo, Produkt für

Produkt muß man messen. Dann zeigt sich, daß selbst der Geldlohn für den hiesigen Industriellen im allgemeinen teurer ist als in Deutschland.

In den verschiedensten Wirtschaftszweigen erweisen Leute, die hüten und drüben arbeiten lassen, vielfache deutsche Mehrleistungen. In erster Linie wegen größerer Tätigkeit, besserer Schulung und höherer Arbeitsintensivität des deutschen Arbeiters. In geringerem Maße wegen stärkerer Mechanisierung — also wegen zinskostenloser Unterstützung der menschlichen Arbeitskraft durch zahlreichere und bessere Maschinen. Wobei zu berücksichtigen ist, daß die Tschechoslowakei ein stark industrialisiertes, in seiner Industrie größtenteils modern ausgestattetes Land mit hohen Kapitalinvestitionen ist.

Zweites Ergebnis: Die Arbeitsstunde des deutschen Arbeiters ist absolut viel wertvoller für den Unternehmer, als die des tschechoslowakischen. Soweit aber die Entbehrlichmachung der menschlichen Arbeit durch Rationalisierung in Deutschland so weit fortgeschritten ist, daß die hohen Kosten der Kapitalinvestitionen es unmöglich machen, einen ausreichenden Lohn zu zahlen, so lange Klage der deutsche Schwerindustrielle sich selbst und seine Kollegen an, die im Gegensatz zu den tschechoslowakischen Unternehmern in Zeiten der Hochkonjunktur ihre Rationalisierungsausgaben so stark übertrieben haben.

Auch der Hinweis auf die Hungerlöhne in der tschechoslowakischen Randgebieten mit ihrem großen Anteil von Heimarbeit, mit ihren sterbenden Wirtschaftszweigen — wie der Spitzenherstellung, der Leinwandfabrikation, der Produktion von Spielzeug und Galanteriewaren, von Musikinstrumenten und Glaswaren — auch dieser Hinweis ist nicht stichhaltig. Wir haben nämlich in Deutschland selbst in den entsprechenden Randgebieten an der anderen Seite der Grenze und in den entsprechenden Industriezweigen dieselben Löhne, dieselben traurigen Zustände, ohne daß wir sie uns erst zu wünschen brauchen.

Es ist wahr, die Verhältnisse sind nicht nur dort schlechter, als in Prag, als in den meisten Teilen des Deutschen Reiches. Es ist wahr, in vielen Orten — vor allem in denen der Textilindustrie — kommt der tschechoslowakische Arbeiter notgedrungen mit niedrigeren Real- und Nominallöhnen aus, als in Prag, als in Deutschland. Aber man betrachte einmal dort sein Kulturniveau, und wenn das nicht schreckt, so ziehe man wenigstens in Betracht, wie stark in der ganzen Tschechoslowakei — sogar noch in Prag — der Industriearbeiter mit der Landwirtschaft verbunden ist, wieviel er sich aus seinem Stückchen Land, aus der Arbeit von Frau und Kind zum Lohn hinzuschafft; wie er unter diesen Umständen bei seiner meist völligen Bedürfnislosigkeit selbst bei der verschwindend geringen Arbeitslosenunterstützung noch vegetieren kann.

Wenn der deutsche Schwerindustrielle diese Arbeitergruppen meint, über deren Lohnniveau der deutsche Arbeiter zu hoch hinausragt, dann klage er die historische Entwicklung an, die schon früher begann, aus dem deutschen Proletariat Kulturmenschen zu machen! Und dann befrage er die tschechoslowakischen Unternehmer, ob sie nicht Deutschland darum beneiden, daß es durch seine Arbeiterschaft einen so breiten Inlandsmarkt hat.

Vermehrte Tätigkeit der Arbeitsgerichte.

Eine Zusammenstellung der Klagen, die seit dem 1. Januar dieses Jahres beim Arbeitsgericht Berlin angehängt worden sind, zeigt eine dauernde Steigerung der Inanspruchnahme des Arbeitsgerichts. Während im vorigen Jahr bis zum 30. September 52 248 Klagen eingereicht wurden, sind es im gleichen Zeitraum dieses Jahres 53 572. Die Steigerung ist im Wesentlichen auf die

Zunahme der Anstelltenklagen zurückzuführen, die mit 21 377 gegen 20 101 im Vorjahre beinahe die Hälfte aller Prozesse ausmachen.

In früheren Jahren war die Zahl der Prozesse, die durch Vergleiche beendet wurden, ungefähr im gleichen Verhältnis gestiegen, wie die Inanspruchnahme des Gerichts. In diesem Krisenjahr dagegen konnten in neun Monaten nur 17 852 Vergleiche abgeschlossen werden gegen 19 829 im vorigen Jahr.

Auch die Streitigkeiten um die Amtsführung der Betriebsräte haben sich durch die politischen Spaltungen innerhalb der Arbeiterschaft stark vermehrt. 551 Fälle wurden im Beschlußverfahren erledigt, während im vorigen Jahr nur 443 derartige Anträge gestellt wurden.

In der letzten Zeit mußten eine große Anzahl Einspruchsklagen von den Angestellten eingereicht werden, denen „vorsorglich“ gekündigt worden ist. Viele Betriebe sind, zum Teil auf Anregung ihrer Arbeitgeberverbände, dazu übergegangen, sämtlichen Angestellten zum nächsten möglichen Kündigungsstermin „vorsorglich“ zu kündigen. Dabei wird den Angestellten allerdings häufig mitgeteilt, daß man sie voraussichtlich weiter beschäftigen werde. Trotzdem laufen auch bei sogenannter vorsorglicher Kündigung die Fristen für die Einspruchsklagen genau so ab wie bei einer absolut ernst gemeinten Kündigung. Die Angestellten müssen also zur Wahrung ihrer Rechte die Klagen vorsorglich einreichen, wenn der Arbeitgeber nicht ausdrücklich bemerkt, daß er bis zur endgültigen Entscheidung auf den Einwand der Fristverlängerung verzichtet will.

H. W.

Die Lohnverluste in den letzten Jahren.

Unter Lohnverlusten kann man einmal verstehen, was der Arbeiter von einem gewissen Zeitpunkt an durch Lohnminderung verloren hat. Nehmen wir zum Beispiel an, ein Arbeiter habe ein Wocheneinkommen von 50 Mk. Dieses Einkommen würde um 20 Mark gesenkt werden. Dann wäre es durchaus sinnvoll zu berechnen, was der Arbeiter Woche für Woche verliert, indem man die Anzahl der Wochen mit 20 Mark multipliziert. Betrachtet man nun eine Periode von drei Jahren, so wird sich ein Lohnverlust ergeben, der weit höher ist als ein ganzes Jahreseinkommen.

Nach dieser Betrachtungsweise ergeben sich folgende Lohnverluste für die deutsche Industriearbeiterschaft seit Juli 1929*):

Lohnverluste der Industriearbeiterschaft seit Juli 1929.

Monat	Im Monat neu hinzukommender Lohnverlust Mill. Mk.	Gesamter Lohnverlust während des Monats Mill. Mk.	Gesamter Lohnverlust seit Juli 1929 Mill. Mk.
1929			
August	5	5	5
September	9	14	19
Oktober	21	35	54
November	53	88	142
Dezember	91	179	321
1930			
Januar	54	233	554
Februar	25	258	812
März	7**)	251	1 063
April	11**)	240	1 303
Mai	15**)	225	1 528
Juni	23	248	1 776
Juli	48	296	2 072
August	51	347	2 419
September	27	374	2 793
Oktober	39	413	3 206
November	26	439	3 645
Dezember	63	502	4 147
1931			
Januar	27	529	4 676
Februar	16	545	5 221
März	2	547	5 768
April	23	570	6 338
Mai	11	581	6 919
Juni	2	583	7 502
Juli	73	656	8 158
August	44	700	8 858

Diese Berechnungsweise ergibt, daß die Industriearbeiterschaft seit Juli 1929 insgesamt rund 9 Milliarden Mark verloren hat. Das ist nahezu die Hälfte des Einkommens von 1929. Das bedeutet aber nicht, daß der Lohn des Industriearbeiters halbiert worden ist. Denn wenn das Jahreseinkommen pro Industriearbeiter zum Beispiel um 10 Prozent pro Woche gekürzt wird, und wir zählen diesen Lohnverlust für fünf Jahre zusammen, dann kommen wir ebenfalls zu einem Lohnverlust in Höhe eines halben Jahreseinkommens; nämlich 260 Wochen mal 10 Prozent gleich 26 Wocheneinkommen oder ein halbes Jahreseinkommen. Die obige Zahl von 8,9 Milliarden zeigt also die Gesamtsumme des Geldes, die der Industriearbeiterschaft von Juli 1929 bis August 1931 verloren ging.

Lohnverluste der Industriearbeiterschaft seit Juli 1929.

Monat	Im Monat neu hinzukommender Lohnverlust Mill. Mk.	Gesamter Lohnverlust während des Monats Mill. Mk.	Jahreseinkommensverlust berechnet auf Grund des Monatsverlustes Mill. Mk.
1929			
August	5	5	60
September	9	14	168
Oktober	21	35	420
November	53	88	1 056
Dezember	91	179	2 148
1930			
Januar	54	233	2 796
Februar	25	258	3 096
März	7**)	251	3 012
April	11**)	240	2 880
Mai	15**)	225	2 700
Juni	23	248	2 976
Juli	48	296	3 552
August	51	347	4 164
September	27	374	4 488
Oktober	39	413	4 956
November	26	439	5 268
Dezember	63	502	6 024
1931			
Januar	27	529	6 348
Februar	16	545	6 540
März	2	547	6 564
April	23	570	6 840
Mai	11	581	6 972
Juni	2	583	6 996
Juli	73	656	7 872
August	44	700	8 400

*) Berechnet auf Grund der Wochenlohnstatistik der S. R. in der monatlichen Konjunkturübersicht und bei Annahme einer Anzahl von 10 000 000 Industriearbeitern. Die Zahlen im Folgenden beziehen sich ausschließlich auf die Industriearbeiterschaft; schließen also sowohl die Angestellten überhaupt wie auch die Arbeiter anderer Wirtschaftszweige (Landwirtschaft, Handelsarbeiter usw.) aus.
**) Lohnsteigerung.

Eine andere Darstellung der Lohnverluste der Industriearbeiter ist die vorstehende, die zunächst ganz wie die obige die Lohnverluste, die in jedem Monat neuzuzukommen, und die Gesamtlohnverluste im Vergleich zum Juli 1929 gibt; erst die dritte Reihe gibt etwas Neues: den Jahreseinkommensverlust berechnet auf Grund des jeweiligen Monateinkommensverlustes. Es wird also hier so argumentiert: würde das Jahreseinkommen zwölfmal so groß sein wie z. B. im Monat August 1931, dann wäre es um so und soviel Milliarden kleiner als es 1929, berechnet auf Grund des Einkommens vom Juli 1929, war.

Auf Grund dieser Berechnungen ergibt sich ein Lohnverlust von annähernd 8,5 Milliarden Mark. Das aber sind im Gegensatz zu den vorangehenden Berechnungen tatsächlich auf das Jahr umgerechnete Lohnverluste. Das Jahreseinkommen der deutschen Industriearbeiterschaft, berechnet auf Grund des Augusteinkommens 1931, ist also um 8,4 Milliarden niedriger als das Jahreseinkommen, berechnet auf Grund des Juli einkommens 1929.

Damit sind jedoch die Einkommensverlustberechnungen noch nicht erschöpft. Man kann noch einen dritten Weg wählen. Dabei geht man von folgenden Überlegungen aus: das Wocheneinkommen des Industriearbeiters betrug im Juli 1929 brutto so und soviel. Seitdem ist sein Bruttoeinkommen um so und soviel gekürzt worden. Außerdem verliert der Industriearbeiter durch Beiträge zur Sozialversicherung und direkte Steuerabzüge sowie durch Kurzarbeit und Arbeitslosigkeit so und soviel, während er gleichzeitig durch Arbeitslosenunterstützung so und soviel einnimmt; es ergibt sich dann ein wöchentliches Lohnverlust in dieser und dieser Höhe. Multiplizieren wir diesen Lohnverlust mit 12 und der Anzahl der Industriearbeiter, dann erhalten wir den Lohnverlust der Industriearbeiterschaft.

Auf Grund dieser Berechnungsmethode ergibt sich dann folgendes:

	Mark.
Wocheneinkommen Juli 1929:	53,95
Lohnverlust durch Bruttolohnsenkung	5,95
Lohnverlust durch Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit	19,05
Lohnverlust durch Steuern und Versicherungsbeiträge	4,05
Einkommenserhöhung durch Arbeitslosenunterstützung	4,10
Gesamteinkommensverlust:	24,95

Umgerechnet auf das Jahr und die Gesamtindustriearbeiterschaft 13 Milliarden Mark.

Auch diese Lohnverlustzahl hat durchaus ihren Sinn. Sie zeigt, daß die Industriearbeiterschaft teils durch Bruttolohnsenkung, teils durch andere Lohnverluste 13 Milliarden Mark verloren hat.

Alle drei Berechnungsarten ergeben recht verschiedene Zahlen. Alle drei Berechnungsarten geben Lohnverluste. Alle drei Zahlen haben ihren bestimmten Sinn, jede natürlich einen anderen. Es wäre daher dringend zu empfehlen, bei allen Lohnverlust-Berechnungen genau anzugeben, wie die Berechnungen zustande gekommen sind, was ihr eigentlicher Sinn ist.

J. Kuczynski.

Die Gewerkschaftsvertreter in der deutsch-französischen Kommission.

Bekanntlich hat die Zusammenkunft der französischen und deutschen Minister in Berlin ergeben, daß eine deutsch-französische Kommission gebildet werden soll, die sich mit Wirtschaftspragen der beiden Staaten zu beschäftigen hat.

In dieser Kommission sollen auch Arbeitnehmervertreter mitwirken. Unter den 6 deutschen Arbeitnehmervertretern wird der Generalsekretär und Reichstagsabgeordnete Ernst Lemmer den Gewerkschaftsring deutscher Arbeiter-, Angestellten- und Beamtenverbände vertreten.

Die Lohnbewegung in Ostpreußen.

In dem Lohnstreit für das ostpreussische Holzgewerbe lagte am 21. 10. das tarifliche Lohnamt unter dem Vorsitz des Landesgerichtsdirektors Witke, Vorsitzender des Landesarbeitsamts Königsberg. Der Arbeitgeberverband hatte einen Lohnabbau von 20 Prozent gefordert. Ferner sollten alle Löhne, welche höher wären, als der tarifliche Durchschnittslohn auf den neuen Durchschnittslohn abgebaut werden. Die Montagezuschläge sollten über 50 Prozent herabgesetzt werden.

Es hatten mit dem Arbeitgeberverband schon mehrere Verhandlungen stattgefunden. Eine Einigung konnte nicht erzielt werden. Alles deutete darauf hin, daß der Arbeitgeberverband die Absicht hatte, die Löhne nach Ablauf des geltenden Lohnabkommens diktieren zu wollen. Es wurde auch ein Befehl herausgegeben, ab 8. Oktober die Löhne zunächst um 10 Prozent zu kürzen. Nur einige Arbeitgeber folgten diesem Befehl. Die Kollegen ließen sich dieses Urteil aber nicht gefallen und legten die Arbeit nieder. Darauf große Anregung unter den Arbeitgebern. Auf die unorganisierten Betriebe wurden

erzucht, dieses Mandat mitzumachen, aber es gelang nicht. Weil die Kollegen auf der Hut waren.

Vor dem Lohnamt spielten die Vertreter der Arbeitgeber immer noch den starken Mann. Ganz besonders latet sich hierbei der Vertreter von Ortelsburg und Tilsit hervor.

Nach langen Verhandlungen wurde folgender Schiedsspruch verkündet:

I. Der Stundenlohn wird in der Spitze um 7 Pfg. abgebaut.

II. Wird zurückgezogen, weil ein derartiger Antrag dem § 19 des Mantelvertrages widerspricht. Arbeiter mit höherer Leistung sollen höher bezahlt werden.

III. Die Montagezulage wurde wie folgt festgesetzt: Am Orte 6 Pfg. Zuschlag pro Stunde. In Nachbarorten 9 Pfg. pro Stunde. Wo Uebernachten notwendig, neben dem Ortszuschlag 4,00 RM. pro Tag.

Diese Löhne sollen Gültigkeit bis zum 31. 12. 31 haben. Erfolgt am 15. 12. 30 keine Kündigung, so verlängert sich die Laufdauer bis 31. 3. 32.

Auch dieser Schiedsspruch ist ein schwerer Eingriff in die Rechte der Kollegen. Wohl sind die Arbeitgeber nicht mit ihren ganzen Forderungen durchgebrungen, aber ob sie sich mit diesem Abbau schon begnügen werden, weiß man nicht. Der Lohn soll gesenkt werden, die Preise aller Bedarfsartikel stehen fest, oder steigen noch sogar höher. Wie z. B. das Brot. Man fragt sich immer wieder, wo bleibt die Regierung mit einer Notverordnung, um diesem Treiben ein Ende zu machen. Aber es trifft ja nur den Arbeitnehmer.

Auch dieses ist wieder ein Beweis mehr, daß sich die Arbeitnehmer nur auf ihre Berufsorganisation verlassen können. Nur eine Organisation, wie es der Gewerkschaft der Holzarbeiter, ist in der Lage, die Berufskollegen zu schützen. Aber die Kollegen müssen ihm die Mittel und Stärke dazu geben. Dieses wird sehr leicht dadurch erreicht, daß sich auch der letzte Holzarbeiter dem Gewerkschaftsverband anschließt und nicht alleine auf weiter Flur stehen bleibt und die Faust in der Tasche ballt, oder sich von unverantwortlichen Personen irre leiten läßt. Es kann nur eines geben: hinein in die gewerkschaftliche Berufsorganisation.

Die Arbeitsmarktlage.

Die allgemeine Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt zeigt keine wesentlichen neuen Kennzeichen, ein ständiges Ansteigen ist nach wie vor unverkennbar, auch im Holzgewerbe hat sich die Arbeitslosenziffer weiter erhöht und hat die Zahl von 50 Prozent aller Beschäftigten bereits überschritten. Nach dem Bericht der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung beträgt die Zahl der gesamten Arbeitslosen für das Reich am 15. Oktober 4 484 000. Sie hat nach dem letzten Stichtag am 1. Oktober um rund 129 000 zugenommen. Die Zunahme in der gleichen Zeit des Vorjahres belief sich auf rund 113 000.

Im Landesarbeitsamt Brandenburg ist vom 1. bis 15. Oktober die in der zweiten Septemberhälfte verzeichnete Erleichterung des Arbeitsmarktes wieder geschwunden, und die Arbeitslosigkeit hat von neuem zugenommen. Die Zahl der Arbeitsuchenden stieg um 24 517 auf 644 790. Davon kommen allein auf Berlin 502 397 Arbeitslose. Im Berliner Holzgewerbe beträgt die Arbeitslosenziffer rund 26 000. In Berlin war die Zunahme der Arbeitslosigkeit am weit stärksten. Sie betrug 22 437 Personen gegenüber nur 2 490 Personen in der Provinz.

In der Verteilung der Gesamtzahl der Arbeitslosen auf die verschiedenen Unterstüßungseinrichtungen ist in der Berichtszeit eine wesentliche Veränderung eingetreten. Auf Grund der zweiten Verordnung zur Sicherung von Wirtschaft und Finanzen wurde durch Beschluß des Vorstandes der Reichsanstalt die Höchstdauer des Unterstüßungsbezuges in der Arbeitslosenversicherung von 26 Wochen auf 20 Wochen, für die Saisonarbeiter von 20 auf 16 Wochen gekürzt. Dieser Beschluß, der den Ausgleich zwischen Einnahmen und Ausgaben der Reichsanstalt während der Wintermonate sichern soll, hat die vorhergesehene erhebliche Entlastung der Arbeitslosenversicherung und Mehrbelastung der Krifenfürsorge zur Folge gehabt; die Letztere hat sich möglicherweise statistisch noch nicht voll ausgewirkt. Die Zahl der Hauptunterstüßungsempfänger in der Arbeitslosenversicherung hat nach den vorläufigen Meldungen der Arbeitsämter um rund 200 000 abgenommen und belief sich am 15. Oktober auf rund 1 143 000. In der Krifenfürsorge wurde durch eine Zunahme um rund 150 000 eine Belastung von rund 1 290 000 Hauptunterstüßungsempfängern erreicht.

Aus den Ortsvereinen.

Breslau. In einer am 20. Oktober 1931 im Kaufmannshaus stattgefundenen Erwerbslosenversammlung der Hirsch-Dunderschen Gewerkschaft sprach der Kollege Baat von den Bekleidungsarbeitern über die jetzige Lage, die 3. Notverordnung und die Volkshilfe. Der Redner gab einen Ueberblick über die letzten Ereignisse. Trotz aller Versuche, die Regierung Brüning zu stürzen, habe sie

noch eine Mehrheit erhalten. Der Generalangriff auf die Sozialversicherung, Tarifrecht usw. sei aber nur vorläufig abgeklungen. Die gemeinsame Abwehrfront der Gewerkschaften müsse deshalb weiter gestärkt und erweitert werden.

Die 3. Notverordnung habe in einigen Punkten Verbesserungen gebracht, andererseits sei aber durch die Heruntersetzung der Unterstüßungswochen bei der Arbeitslosenunterstüßung von 28 auf 20 Wochen eine starke Verschlechterung eingetreten.

Zu dem Aufruf der Volkshilfe habe auch der Ortsverband der deutschen Gewerkschaften Stellung genommen und trotz vieler Bedenken beschlossen, sich tatkräftig an der Mitarbeit zu beteiligen. Zunächst möchte abgewartet werden, wie das geplante Hilfswerk sich gestalten werde.

In der Aussprache kam, wie in allen Versammlungen die große Not der Erwerbslosen zum Ausdruck. Trotzdem die Unterstüßungen radikal abgebaut worden seien, blieben fast alle Preise immer auf ein und derselben Höhe. Vor allen Dingen Kohle, Miete, Licht, Markenartikel, selbst die Zeitungen und andere Artikel des täglichen Lebens, wären gegenüber der Vorkriegszeit so ungeheuerlich hoch, daß immer und immer wieder gegen diese Uebersteuerung protestiert werden möchte. Empörend sei auch der neue Beschluß des Magistrats, daß ab 1. November die Wohlfahrtsunterstüßung erneut gekürzt wird.

Die Versammlung faßte folgende Entschließung:

Die am 20. Oktober 1931 im Kaufmannshaus stattgefundene Erwerbslosenversammlung des Ortsverbandes der deutschen Gewerkschaften protestiert hiermit gegen die weitere Verschlechterung der Arbeitslosenunterstüßung durch die 3. Notverordnung.

Erneut protestiert die Versammlung gegen die wahnwitzige Uebersteuerung von Kohle, Licht, Strom und anderen Artikeln des täglichen Lebens, da sie zu den niedrigen Unterstüßungssätzen in gar keinem Vergleich stehen.

Des weiteren protestiert die Versammlung gegen den Beschluß des Magistrats, der ab 1. 11. 1931 erneut die Wohlfahrtsätze um 10 Prozent heruntersetzt. Die Versammlung verlangt, daß endlich einmal mit dem Abbau der Unterstüßungen Schluß gemacht wird, daß die Behörden Vernunft annehmen, und die Arbeitslosen nicht länger als Menschen 2. Klasse betrachten.

Sprechmaschinen-Laufwerke

Schallkassen, Metalltonführungen usw. zum Einbauen, verl. Sie Preisliste und Einbauanweisung. M. Bopp, Hannover a. Main, Huttenstraße 3.

Pünktliche Beitragszahlung ist dringende Pflicht eines jeden Mitgliedes.

Für die Woche vom 24.—30. Okt. ist die 43. Woche fällig
Für die Woche vom 31. Okt.—6. Nov. ist die 44. Woche fällig
Für die Woche vom 7.—13. Nov. ist die 45. Woche fällig



Einheitliche Vereinsabzeichen!

Alle unsere Mitglieder werden auf die einheitlichen Vereinsabzeichen hiermit aufmerksam gemacht. Die Vereinsnadel kostet das Stück 50 Pfg. In derselben Aufmachung sind wieder, wie vor dem Kriege, Manschettenknöpfe angefertigt zum Preise von 1,20 Mk. das Paar. Auch diese sind wie die Vereinsnadel vom Hauptbüro durch die Ortsvereine zu beziehen.

Desgleichen sind Jubiläumsabzeichen für 25 jährige Mitgliedschaft in derselben Form mit Silberkranz und der Zahl 25 in der Spitze für 2,50 Mk das Stück vom Hauptbüro zu beziehen.

? Ist Dein Arbeitskollege organisiert ?

Gib ihm die Zeitung, kläre ihn auf und erziehe ihn zu einem Mitkämpfer in unserem Gewerkschaftsverein der Holzarbeiter.